



**Center for East Asian and Pacific Studies
Trier University, Germany**

China Analysis No. 7 (October 2001)

**Pragmatischer Realismus
Chinesische Außenpolitik zwischen
Hegemonialstreben und
wirtschaftlichen Zwängen**

von

**Jörn-Carsten Gottwald
und
Sarah Kirchberger**

Center for East Asian and Pacific Studies
Trier University, FB III
54286 Trier, Germany
E-mail: jcg@uni-trier.de
kirchber@uni-trier.de

Jörn-Carsten Gottwald und Sarah Kirchberger

Pragmatischer Realismus

Chinesische Außenpolitik zwischen Hegemonialstreben und wirtschaftlichen Zwängen¹

Angesichts massiver Spannungen zwischen der aufstrebenden Großmacht in Ostasien und den USA stellt sich die Frage, wie China mit seinem wachsenden politischen und wirtschaftlichen Gewicht in die internationale Gemeinschaft integriert werden kann. Eine genauere Betrachtung der chinesischen Außenpolitik zeigt, daß sich hinter der Fassade nationalistischer Parolen in der Regel ein äußerst pragmatisches und ergebnisorientiertes Handeln feststellen läßt. Im Hinblick auf die deutsch- und europäisch-chinesischen Beziehungen bieten sich dadurch vielfältige Möglichkeiten der Kooperation.

Chinas außenpolitischer Kurswechsel 1978 folgte der innenpolitischen Notwendigkeit, nach dem desaströsen Scheitern des maoistischen Entwicklungsmodells eine umfassende Modernisierung einzuleiten. Es galt zunächst, ein friedliches außenpolitisches Umfeld zu schaffen, um kostspielige Rüstungsanstrengungen zurückfahren zu können. Weiterhin sollte das Land so weit wie nötig in die Weltwirtschaft integriert werden, um ausländisches Kapital und internationale Technologie anzuziehen und für den Aufbau der Binnenwirtschaft zu nutzen. Beides ist gelungen. Seit der Niederlage im Krieg mit Vietnam 1978/1979 war die VR China in keine größeren militärischen Auseinandersetzungen mehr verwickelt, und die Beziehungen zu allen Nachbarstaaten haben sich spätestens mit dem Ende des Ost-West-Konflikts spürbar verbessert. Der anhaltende Zustrom von Kapital und Technologie hat darüber hinaus einen beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwung mit sich gebracht.

Die traditionelle Eigenwahrnehmung Chinas als „Reich der Mitte“ umschreibt den historischen Anspruch, als führende Zivilisation den Mittelpunkt der Welt zu verkörpern. In der Zeit des Kaiserreichs gelang es China immer wieder, den ost- und südostasiatischen Raum

¹ Dieser Artikel ist ursprünglich erschienen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 10/2001, S. 1230-1240.

zu dominieren. Unter diesen Voraussetzungen war ein gleichberechtigtes Verhältnis zu anderen Staaten unmöglich. Die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen konnte nur in Form von Tributleistungen diverser Herrscher an den chinesischen Kaiser erfolgen.²

China büßte die angestammte Rolle als asiatische Großmacht mit dem Einbruch der Westmächte nach Asien ab 1840 ein.³ Die Mission, das Land zu neuem altem Glanz zu führen, ist seit jeher eine der wichtigsten Legitimationsgrundlagen der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Traumatische Erfahrungen der Abhängigkeit von fremden Mächten durch die erzwungene Hinnahme eines semikolonialen Status begründeten weitere Charakteristika der chinesischen Außenpolitik: Als Opfer imperialistischer Aggression lehnt die chinesische Staatsführung bis heute offiziell jede Form von Hegemonialstreben ab und betont die Bedeutung nationaler Souveränität und friedlicher Koexistenz zum gegenseitigen Nutzen auch zwischen Staaten unterschiedlicher Wirtschafts- und Sozialordnung.⁴

Mit dem britisch-chinesischen „Opiumkrieg“ 1840-1842 begann für China eine Periode des staatlichen Zerfalls. Die staatliche Einigung blieb denn auch nach der Gründung der Volksrepublik 1949 und trotz der Wiedereingliederung der ehemaligen Kolonien Hongkong und Macau 1997 bzw. 1999 ein ungelöstes Problem, denn als Folge des chinesischen Bürgerkriegs fehlt mit Taiwan ein kleines, aber wesentliches Stück zur vollständigen Wiederherstellung der staatlichen Einheit.

Die Bedeutung der Taiwan-Frage

Der ungelöste Konflikt mit Taiwan ist der wunde Punkt der chinesischen Außenpolitik. Er prägt in vielfältiger Weise die Beziehungen Chinas zu anderen Staaten, besonders zu den USA als der militärischen Schutzmacht des Inselstaates. Die strikte Anwendung einer Art Hallstein-Doktrin⁵ durch Beijing zwingt alle potentiellen Partner zu einer exklusiven Ent-

² Jürgen Osterhammel, China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit. München 1989, S. 94ff.

³ Stefan Friedrich, Außenpolitik, in: Brunhild Staiger (Hg.), Länderbericht China. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Darmstadt 2000, S.103-134.

⁴ Vgl. hierzu Li Jingzhi, Lun dang de shiyi jie san zhongquanhui yilai woguo waijiao zhanlüe de zhongda tiaozheng he fazhan, in: ders. (Hg.), Shijie zhi jiao de Zhongguo shijie, Beijing 1999, S. 1-52.

⁵ Die „Hallstein-Doktrin“ wurde zwischen 1955 und 1969 von der BRD gegenüber solchen Staaten angewandt, die offizielle Beziehungen zur DDR aufnahmen. Dies führte in der Regel zum Abbruch der diplomati-

scheidung zugunsten Chinas oder Taiwans. Für den Fall einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung Taipeis droht die VR China offen mit einer militärischen Rückeroberung.⁶ Die enge Verflechtung Taiwans in die Weltwirtschaft bringt es mit sich, daß die EU und andere Handelspartner die Spannungen schwerlich ignorieren können und diese sich nicht als rein innerchinesisches Problem abtun lassen, wie das die Volksrepublik verlangt. Die internationale Blockade Taiwans schadet nicht nur der dortigen Bevölkerung, sondern verhindert auch, daß sich das volle Potential Taiwans als internationaler Kooperationspartner in wirtschaftlicher und politisch-humanitärer Hinsicht, z.B. als Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit, zu entfalten vermag.

Den USA kam bei der Entstehung des Taiwan-Problems eine zentrale Rolle zu. Nach Ausbruch des Korea-Krieges 1950 vollzog Washington eine politische Kehrtwende und verhinderte durch militärisches Eingreifen zugunsten der nationalistischen Guomindang (GMD) die bevorstehende Invasion und den vollständigen Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg. In der Folge dieses Schwenks erkannten die USA die Regierung der „Republik China“ als rechtmäßige Vertretung ganz Chinas an, schlossen mit dem Inselstaat einen militärischen Beistandspakt und leisteten umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfe. Die amerikanische Intervention zementierte die nationale Teilung Chinas und sicherte der nationalchinesischen Exilregierung bis 1971 die Alleinvertretung bei den Vereinten Nationen.

Erst die Annäherung zwischen Washington und Beijing im Zuge der „Pingpong-Diplomatie“ Anfang der 70er Jahre führte zu einem grundlegenden Wandel. Als sich das Wegbrechen der internationalen Unterstützung für Taiwan abzuzeichnen begann, verließ die Republik China 1971 die UNO, um einem Ausschluß zugunsten der Volksrepublik zuvorzukommen. Seit Beginn der Demokratisierung und den damit verbundenen Revisionen der „Festlandpolitik“ bemüht sich die Regierung in Taipei stetig, aber erfolglos um die Wiederaufnahme; entsprechende Anträge scheiterten bislang stets am Widerstand Beijings. Als Ausgleich für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur VR China 1979, die den Abbruch der offiziellen Beziehungen zu Taiwan und die Aufkündigung des militä-

schen Beziehungen der BRD zum jeweiligen Staat. Ziel war eine diplomatische Isolation der DDR. Nach 1949 haben sowohl Taiwan als auch die VR China eine chinesische Variante der „Hallstein-Doktrin“ angewendet. Trotz einseitiger Lockerung durch Taiwan besteht die VR China unverändert auf einer außenpolitischen Blockadepolitik.

⁶ Als weitere Gründe für einen Militärschlag gegen Taiwan werden u.a. eine Besetzung Taiwans durch eine ausländische Macht, innere Unruhen auf Taiwan, atomare Bewaffnung Taiwans oder die „dauerhafte Verzögerung von Gesprächen über die Wiedervereinigung“ angeführt. Vgl. dazu z.B. Taiwan Affairs Office, ‚Yige Zhongguo de yuanze yu Taiwan wenti‘ baipishu ji wenda, Beijing 2000, S. 16.

rischen Beistandspaktes bedeuteten, sicherte die Regierung in Washington dem Land im Rahmen des Taiwan Relations Act weiterhin militärische Unterstützung zu, vor allem in Form von Waffenlieferungen. Die USA behalten sich vor, einen Angriff auf Taiwan als Verletzung ihrer eigenen Interessen im Pazifikraum zu werten. Die bewußt ambivalent gefaßte Formulierung erhält Washington alle Optionen für eine angemessene Reaktion auf einen Angriff und läßt zugleich die VR China im unklaren über das tatsächliche amerikanische Verhalten im Krisenfall.

Taiwan wird heute nur noch von 29 relativ unbedeutenden Staaten, fast alle in Mittelamerika und Schwarzafrika, offiziell anerkannt. Die erfolgreiche Demokratisierung seit 1986/87 und das vielbeachtete „Wirtschaftswunder“ haben nicht zu einer Veränderung der außenpolitischen Konstellation geführt, die vielmehr inzwischen zu einer Konstante in den internationalen Beziehungen geworden ist. Trotz der offiziellen Zustimmung zur von Beijing eingeforderten „Ein-China-Politik“ fungieren die USA weiterhin als „Sicherheitsgarant“ für Taiwan, das nicht nur in außenwirtschaftlicher, sondern auch außenpolitischer und militärischer Hinsicht in Abhängigkeit zu den USA steht.

Strategische und wirtschaftliche Interessen der VR China

Während sich auf Taiwan nach 50 Jahren erfolgreicher wirtschaftlicher und politischer Entwicklung eine eigene taiwanische Identität entwickelt,⁷ besitzt die Wiedervereinigung für die VR China hohe Priorität. Der Rolle der USA in dieser Frage kommt große symbolische Bedeutung zu, denn die kontinuierliche Einmischung einer fremden Macht in dieses „rein innerchinesische Problem“ ist aus Sicht Beijings unerträglich. Die Eingliederung des Inselstaates nach dem in Hongkong praktizierten Modell „Ein Land, zwei Systeme“ soll die historische Epoche der Zersplitterung Chinas ein für allemal beenden. Entsprechend darf von der Regierung der Volksrepublik in der Frage der Wiedervereinigung ein Abrücken von bisherigen Positionen kaum erwartet werden.

Die Regierung in Beijing nutzt die Taiwan-Frage zudem zur Förderung eines chinesischen Nationalbewußtseins, das als Kitt einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft dienen soll. Militärmanöver als Strafaktionen, wie nach einer USA-Reise des taiwanischen Präsi-

⁷ Gunter Schubert, Abschied von China? Eine politische Standortbestimmung Taiwans nach den Präsidentschaftswahlen im März 2000, in „Asien“ 79 (April 2001), S. 5-32.

dentem Lee Teng-hui 1995, sind als symbolische Bekenntnisse zur Härte gegen alle „Spalter“ nationaler Einheit zu begreifen. Sie dienen zudem dem Zweck, Bevölkerung und politische Elite Taiwans einzuschüchtern und von selbstbewußten Demonstrationen ihres Unabhängigkeitsstrebens abzuhalten.

Ob die Volksrepublik zu einer militärischen Rückeroberung Taiwans imstande wäre, sofern die USA auf eine Intervention verzichteten, ist umstritten. Die hochgerüstete Insel scheint bis auf weiteres zu einer effektiven Selbstverteidigung in der Lage.⁸ Allerdings hätte ein militärischer Konflikt um Taiwan das Eingreifen Washingtons zur Folge, wie George W. Bush unlängst andeutete. In diesem Fall bestünde die Gefahr einer Eskalation auf den ganzen ost- und südostasiatischen Raum. Schon allein wegen der damit verbundenen hohen militärischen und wirtschaftlichen Risiken für die VR China und der geringen Erfolgsaussichten erscheint ein militärischer Wiedervereinigungsversuch wenig wahrscheinlich.

Trotz der gespannten politischen Lage gehören taiwanische Privatunternehmen seit Anfang der 90er Jahre zu den wichtigsten Investoren auf dem chinesischen Festland. Der Gesamtwert ihrer dort bis 2000 realisierten Direktinvestitionen beläuft sich auf geschätzte 26,2 Mrd. Dollar.⁹ Diese von der VR China gezielt geförderte mächtige „China-Lobby“ befürwortet aufgrund ihrer finanziellen Interessen einen weichen Kurs gegenüber China. Das Festland wird von taiwanischen Unternehmen auch zunehmend als Produktionsstandort für kapitalintensive Produktion im Hochtechnologiebereich genutzt, was den Entwicklungszielen der VR China entgegenkommt. Zudem ist China einer der wichtigsten Absatzmärkte für die exportabhängige taiwanische Wirtschaft, die im indirekten Chinahandel hohe Überschüsse erzielt.¹⁰ Dies alles sind Anzeichen einer beträchtlichen wechselseitigen ökonomischen Abhängigkeit, die im Zuge des frühestens zum Jahreswechsel 2001/2002 möglichen Beitritts der Volksrepublik zur Welthandelsorganisation WTO eher noch zunehmen dürfte und den sicherheitspolitischen Interessen der taiwanischen Regierung strenggenommen zuwiderläuft.

Während auf politischer Ebene keinerlei institutionalisierte Kanäle für direkte Kontakte beider Regierungen existieren,¹¹ findet auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene

⁸ Kay Möller, Taiwan als Problem internationaler Sicherheitspolitik, Stiftung für Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 2001.

⁹ Angaben des Mainland Affairs Council, Taiwan.

¹⁰ 2000 betrug das geschätzte Handelsvolumen nach Angaben des Mainland Affairs Council 33,8 Mrd. Dollar, wobei Taiwan einen Handelsüberschuß in Höhe von 20,4 Mrd. Dollar erzielte.

¹¹ Ein Kontaktversuch halbamtlicher Stiftungen scheiterte 1995/96 an den Spannungen der „Raketenkrise“. Inoffizielle Kontakte bestehen zwischen taiwanischen Oppositionspolitikern und festlandchinesischen Politikern.

ein intensiver Austausch statt. Angesichts der Übernahme der Regierungsverantwortung auf Taiwan durch die unabhängigkeitsorientierte Demokratische Fortschrittspartei (DFP) hat die Regierung der VR China damit begonnen, gezielt Oppositionspolitiker zu umwerben und zu Gesprächen einzuladen. Plumpe Versuche, die Bevölkerung Taiwans im Vorfeld von Wahlen durch Drohmanöver einzuschüchtern, blieben bei den letzten Präsidentschaftswahlen jedoch aus. All das läßt auf eine relativ rationale Analyse der Situation auf Taiwan durch die chinesische Führung schließen.

Eine Entschärfung des Konflikts scheidet gegenwärtig noch an unvereinbaren Standpunkten und Forderungen beider Seiten. So ist die VR China nicht bereit, die Regierung in Taipei als gleichwertigen Verhandlungspartner zu akzeptieren, sondern billigt Taiwan nur den Status einer abtrünnigen Provinz zu. Sie weigert sich ferner, einen Gewaltverzicht zu erklären, wie Taiwan das seinerseits getan hat. Weiterhin fordert sie als Grundvoraussetzung für Gespräche die bedingungslose Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“. Die Regierung Taiwans ist jedoch zu Verhandlungen nur auf gleichberechtigter Ebene bereit und behält sich eine eigene Definition des „Ein-China-Prinzips“ vor. Beides ist für die Volksrepublik nicht akzeptabel. Die Wahl eines Befürworters taiwanischer Unabhängigkeit zum Präsidenten im März 2000 trug daher nicht dazu bei, die Dialogbereitschaft Beijings zu erhöhen.

Trotz des paradoxen Nebeneinanders von intensiven Wirtschafts- und Kulturbeziehungen und offizieller Funkstille stecken die Beziehungen Chinas und Taiwans in einer Sackgasse; Taiwans außenpolitische Bewegungsfreiheit ist für grundlegende Veränderungen der Situation zu gering, und die VR China hat gegenwärtig kein Interesse, auf taiwanische Forderungen einzugehen. Eine Lösung des Problems nach dem „deutschen Modell“ - Abschluß eines Grundlagenvertrags, gegenseitiger Gewaltverzicht und institutionalisierte Kontakte auf Regierungsebene - wird zwar von zahlreichen Beobachtern empfohlen und findet auch in Taiwan Anhänger.¹² Wegen der kompromißlosen Blockadehaltung der VR China ist der unabdingbare Wille zu einer solchen Politik jedoch nicht zu erkennen. Das Taiwan-Problem wird der Welt bis auf weiteres erhalten bleiben.

¹² Gunter Schubert, Eine Nation, zwei Staaten? Plädoyer für eine neue Sicht auf den sino-taiwanischen Konflikt, in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 4. 1.2001.

Die USA als außenpolitischer Orientierungspunkt

Die Vereinigten Staaten bilden in dreifacher Hinsicht den wichtigsten außenpolitischen Orientierungspunkt für die chinesische Staats- und Parteiführung: Als einzig verbliebene Supermacht bilden sie den Gegenpol zum chinesischen Großmachtstreben. Gleichzeitig sind sie einer der wichtigsten Handelspartner Chinas und vor allem ein bedeutender Absatzmarkt für chinesische Exporte.¹³ Und schließlich fordern die USA mit ihrer weltweit erfolgreichen Kultur und der Propagierung der Menschenrechte und demokratischer Werte permanent das Machtmonopol der Kommunistischen Partei heraus.

Schien mit der im Dezember 1999 erzielten Einigung über Chinas Beitritt zur WTO der Weg zu einer kooperativen Zukunft geebnet, so haben sich seit dem Amtsantritt der Bush-Administration die bilateralen Beziehungen deutlich verschlechtert. Die offene Einstufung Chinas als strategischer Rivale statt als Partner sorgte für eine erste Belastung. Es folgten die öffentliche Zusage direkter militärischer Unterstützung Taiwans im Falle eines chinesischen Angriffs und die Ankündigung umfangreicher Waffenlieferungen an die Inselrepublik. Die Verhaftung chinesischstämmiger US-Wissenschaftler in China unter dem Vorwurf der Spionage überschatteten die bilateralen Beziehungen, noch ehe schließlich die Kollision eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs vom Typ EP-3 Aries II mit einem chinesischen Jagdflugzeug am 1. April 2001 eine ernste Krise auslöste.

Angesichts heftiger politischer Auseinandersetzungen trotz enger wirtschaftlicher Verflechtungen stellt sich die Frage nach Verzerrungen in der wechselseitigen Wahrnehmung. Zumindest in der Rhetorik beider Seiten überwiegt ein negatives, jederzeit politisch instrumentalisierbares Bild vom jeweiligen Gegenüber. Während in den USA eine offene und weitgehend transparente Debatte über Eindämmung (containment) oder Einbindung (engagement) Chinas geführt wird,¹⁴ bemüht sich die chinesische Führung mit Hilfe ihres umfangreichen Propagandaapparats um die gezielte Steuerung anti-amerikanischer Ressentiments. Als Resultat werden die USA (zusammen mit Japan) zumindest von der städtischen Bevölkerung Chinas als größte außenpolitische Bedrohung wahrgenommen.¹⁵ Wie verbreitet antiamerikanische Ressentiments in der chinesischen Bevölkerung trotz der gro-

¹³ Das Handelsvolumen mit den USA lag 1999 nach Angaben der Asiatischen Entwicklungsbank bei 82,7 Mrd. Dollar, wobei China einen Rekordüberschuß von 51,9 Mrd. Dollar erzielte.

¹⁴ Vgl. u.a. die Darstellung bei Thomas J. Christensen, *Posing Problems Without Catching Up: China's Rise and Challenges for U.S. Security Policy*, in: "International Security", 4/2001, S.5-40.

¹⁵ Vgl. Jie Chen, *Urban Chinese Perceptions of Threats from the United States and Japan*, in: "Public Opinion Quarterly", 65/2001, S.254-266.

ßen Anziehungskraft der amerikanischen Popkultur sind, zeigt der große Erfolg polemischer Attacken gegen den Westen allgemein und die USA im besonderen.¹⁶

Das negative USA-Bild resultiert aus einer Mischung realer Erfahrungen und konfuser Befürchtungen. Das NATO-Engagement auf dem Balkan weckte Ängste, die USA würden die „Doktrin humanitärer Intervention“ zur Aushebelung staatlicher Souveränität nutzen und gegebenenfalls auch gegen China einsetzen, etwa in bezug auf Tibet. Die amerikanische Diskussion über eine Eindämmung chinesischen Hegemonialstrebens hinterließ den Eindruck, die Supermacht wolle China den ihm zustehenden Platz in der internationalen Politik mit allen Mitteln vorenthalten. Die natürlich in Absprache mit Washington durchgeführten „privaten“ USA-Besuche des ehemaligen taiwanischen Präsidenten Lee Teng-hui und später seines Nachfolgers Chen Shui-bian wurden als Versuche gewertet, die Unabhängigkeit Taiwans zu unterstützen. Eine mittel- bis langfristige Entspannung der bilateralen Beziehungen erscheint aus dieser Perspektive angesichts der fundamental entgegengesetzten Sicherheitsinteressen äußerst unwahrscheinlich.¹⁷

Auf der anderen Seite sehen amerikanische Beobachter im Aufstieg Chinas eine Bedrohung eigener geostrategischer Interessen in Ostasien. Das chinesische Militär und seine 20 bis 30 atomaren Langstreckenraketen gelten vielen als unmittelbare Bedrohung der nationalen Sicherheit. Die weitere Modernisierung der chinesischen Streitkräfte in Verbindung mit Prognosen, die Volksrepublik würde den USA innerhalb der nächsten zwei, drei Jahrzehnte ihren Rang als weltgrößte Volkswirtschaft ablaufen, bestärken das Zerrbild eines unberechenbaren, gefährlichen und menschenverachtenden Regimes.

Natürlich sind solch grob vereinfachende und überzeichnete Stereotypen weder in China noch in den USA unumstritten. Selbst auf Ministerebene zeigen sich in der amerikanischen Haltung gegenüber China widersprüchliche Positionen.¹⁸ Im Gegensatz zur oft martialischen Rhetorik lassen sich jedoch auch im Verhältnis der chinesischen Staatsführung zur Bush-Administration eine Reihe pragmatischer Ansätze finden, die nicht so recht in das

¹⁶ Die berühmteste derartige Polemik dürfte das Buch *Zhongguo keyi shuo bu* („China kann nein sagen“) sein, das in China großen kommerziellen Erfolg hatte und eine ganze Serie ähnlicher Publikationen nach sich zog.

¹⁷ Vgl. ein Interview mit Wang Xiaodong in „Asiaweek“, 15. 6.2001.

¹⁸ So zwischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Außenminister Colin Powell, die sich im Anschluß an Powells Besuch in Beijing nicht auf eine einheitliche Bezeichnung Chinas als „Rivale“ (Rumsfeld) oder „Partner“ (Powell) einigen konnten. „South China Morning Post“, 31.7.2001.

Bild vom „stillen Kampf um die Vorherrschaft in Asien“¹⁹ passen wollen, etwa bei der Frage eines Raketenabwehrsystems oder in der „Hainan-Krise“ im April diesen Jahres.

NMD/TMD

Anders als erwartet verläuft die Auseinandersetzung um amerikanische Pläne zum Aufbau einer satellitengestützten Raketenabwehr (National Missile Defense, NMD) bzw. eines regionalen Raketenabwehrsystems (Theatre Missile Defense, TMD) in Ostasien bislang relativ unaufgeregt. Die ablehnende Haltung Beijings diesen Plänen gegenüber wird von den meisten Staaten Westeuropas und Asiens einschließlich Rußlands geteilt. Die wichtigsten Gründe für die Ablehnung dürften weniger im offiziell vorgetragenen Interesse an internationaler Abrüstung liegen als vielmehr in der befürchteten Entwertung des eigenen Atomwaffenarsenals und der möglichen Auswirkungen auf die Taiwan-Frage. Sollte nämlich der Inselstaat, wie erwogen, unter dem Schirm einer amerikanischen Raketenabwehr Zuflucht finden, wäre das aus Sicht der Volksrepublik ein unerträglicher Eingriff in innerchinesische Angelegenheiten.²⁰

Dem Aufbau des NMD-Systems stünde die VR China jedoch letztlich machtlos gegenüber, denn einen Rüstungswettlauf im Hochtechnologiebereich kann sie sich schlicht nicht leisten.²¹ Die Reaktion Chinas auf die amerikanischen Raketenabwehrpläne besteht neben Protesten vor allem in dem Versuch, durch Schulteranschlag mit Rußland ein symbolisches Gegengewicht zu bilden und gleichzeitig durch Konzentration der eigenen Rüstungspläne auf den Ausbau der Raumfahrt die amerikanische Weltraumhoheit und damit die Grundlage einer funktionierenden Raketenabwehr ins Visier zu nehmen.

¹⁹ Karsten Giese, Es kann nur einen geben. Der erste Zwischenfall im stillen Kampf um die Vorherrschaft in Asien, in: „China Aktuell“, 4/2001, S.378-388.

²⁰ Vgl. Rosa Gutschke, Warum lehnt China NMD ab? Hintergründe der chinesischen Position zur amerikanischen Raketenabwehr, in: „China Aktuell“, 5/2001, S.490-497.

²¹ Vgl. Xuewu Gu, China - verwundbare Kontinentalvormacht, in: „Internationale Politik“, 4/2001, S.1-8.

Hainan

Am 1. April 2001 kollidierte über dem Südchinesischen Meer ein Aufklärungsflugzeug der amerikanischen Marine mit einem chinesischen Jagdflugzeug, dessen Pilot beim Absturz seiner Maschine ums Leben kam. Das US-Flugzeug mußte schwer beschädigt auf der Insel Hainan notlanden. Die vorübergehende Festsetzung der Besatzung, die anfängliche Verweigerung der Rückgabe des Flugzeugs und die Ablehnung einer Entschuldigung seitens der Bush-Administration führten zu einem Aufflammen heftiger nationaler Ressentiments auf beiden Seiten.²² Erst nach komplizierten Verhandlungen und einer Washingtoner Erklärung des „Bedauerns“, die von der chinesischen Staatsführung als Entschuldigung interpretiert werden konnte, erholten sich die bilateralen Beziehungen, wie die Communiqués anlässlich der Chinareise von US-Außenminister Colin Powell Ende Juli 2001 zeigten. Während also auf rhetorischer Ebene die strategische Rivalität in den Vordergrund gerückt ist, zeigt sich auf der praktischen Ebene häufig eine überraschende Sensibilität im gegenseitigen Umgang. Hatte 1995 die private USA-Visite des taiwanischen Staatspräsidenten Lee noch zu einer ernsten Krise geführt, reagierte die Beijinger Führung auf eine ähnliche Reise des Lee-Nachfolgers Chen in diesem Jahr erstaunlich zurückhaltend. Auch eine Einladung des Dalai Lama ins Weiße Haus zog keine Konsequenzen nach sich. Zum diplomatischen Meisterstück entwickelte sich die Entscheidung der Bush-Administration über anstehende Waffenlieferungen an Taiwan. Schon im Vorfeld hatte die VR China ihre traditionelle Drohkulisse aufgebaut. Als dann die Entscheidung Washingtons bekannt wurde, zwar umfangreiches militärisches Gerät an Taiwan zu liefern, die ursprünglich auf der Liste stehenden Zerstörer der Arleigh Burke-Klasse mit dem Radar-System „Aegis“ zur Raketenabwehr aber zunächst noch zurückzuhalten und die Lieferung von U-Booten ohne vorherige Rücksprache auf andere NATO-Verbündete abzuwälzen, reagierte Beijing vergleichsweise milde. Ein drohender Konflikt wurde auf diese Weise umschifft. Auch in der Hainan-Krise folgte nach einer Phase nationaler Erregung ein recht nüchterner diplomatischer Prozeß, der es beiden Seiten erlaubte, innenpolitisch das Gesicht zu wahren. Selbst die Wiederaufnahme der zunächst heftig kritisierten amerikanischen Aufklärungsflüge über dem Südchinesischen Meer scheint die Volksrepublik stillschweigend akzeptiert zu haben.

²² Eine vorzügliche ausführliche Darstellung gibt Karsten Giese, Es kann nur einen geben, a.a.O.

Diese Beispiele zeigen, daß die chinesische Außenpolitik in ihren konkreten Handlungen eher nüchterner Kalkulation als hitzigen Parolen folgt. Zwar mag bei den genannten Reaktionen der Staatsführung auch die Hoffnung eine Rolle gespielt haben, durch Zurückhaltung die Vergabe der Olympischen Spiele 2008 an Beijing zu sichern, aber dies sollte angesichts der weiterhin unnachgiebigen Haltung gegenüber inländischen Oppositionellen und religiösen Bewegungen nicht überbewertet werden. Im Gegenzug nahm China die amerikanische Zurückhaltung gegenüber der Olympia-Bewerbung Beijings wohlwollend zur Kenntnis.

Chinas Rolle in Asien

Seit dem Zerfall der Sowjetunion ist es der VR China gelungen, das Machtvakuum in Asien auszufüllen. Die Beziehungen der Volksrepublik zu ihren asiatischen Nachbarn sind dabei von Koexistenz und Rivalität mit der asiatischen Schutzmacht USA geprägt. Neben wirtschaftlicher Kooperation, der Festlegung umstrittener Grenzen und Bemühungen um einen Austausch über regionale Problemfelder versucht die chinesische Staatsführung durch verschiedene Maßnahmen, eine Relativierung der amerikanischen Vormachtstellung in Asien zu erreichen. Dies wird unter anderem am Bemühen deutlich, zusammen mit Rußland und Indien eine gemeinsame Linie gegenüber den Raketenabwehrplänen der USA zu finden.

Bis zum Ende des Kalten Krieges wurde die chinesische Außenpolitik vor allem von der Interaktion im strategischen Dreieck mit den USA und der Sowjetunion geprägt.²³ Seit dem Ende der Sowjetunion dominieren die Vereinigten Staaten zwar eindeutig diese Konstellation, doch noch immer lassen sich die bilateralen Beziehungen zu Rußland in bestimmten Fällen als „Trumpfkarte“²⁴ einsetzen. Die gemeinsame Ablehnung der amerikanischen Hegemonie, die Übereinstimmung in der Selbsteinschätzung als „nicht-westliche“ Staaten und die Sorge über das Vorgehen der „internationalen Staatengemeinschaft“ im Kosovo-Konflikt haben die politische Annäherung zwischen Rußland und der VR China beschleunigt. Die Unterzeichnung eines neuen, auf 20 Jahre befristeten „Vertrages der gu-

²³ Vgl. Xuewu Gu, *Ausspielung der Barbaren. China zwischen den Supermächten in der Zeit des Ost-West-Konfliktes*, Baden-Baden 1998.

²⁴ Mikhail G. Nosov, *Zwei Seiten eines Dreiecks: Das Duo Rußland – China (und die USA)*, in: „Internationale Politik“, 4/2001, S.17-24.

ten Nachbarschaft und freundschaftlichen Kooperation“ am 16. Juli 2001 sei „ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen“, so die beiden Staatsoberhäupter.²⁵ Zwar wird betont, daß der Vertrag sich nicht gegen Dritte richte. Doch der Verweis auf die zentrale Bedeutung nationaler Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität, die Forderung nach einer multipolaren Weltordnung, einer friedlichen Lösung im Irak wie im Kosovo und schließlich die Herausstellung der „extremen Bedeutung“ des ABM-Vertrages²⁶ markieren zweifelsfrei die Stoßrichtung. Trotz einer Zunahme chinesischer Investitionen in Rußland und umfangreicher Lieferungen russischer Militärgüter an China haben die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen jedoch noch nicht das Niveau erreicht, um mit der Bedeutung der westlichen Staaten und Japans gleichzuziehen, die letztere für beide Seiten besitzen.

Indien

Die VR China strebt gleichfalls eine Annäherung an den Regionalrivalen und ehemaligen Kriegsgegner Indien an. Eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen hat zur Einrichtung verschiedener bilateraler Arbeitsgruppen geführt, die langfristig das Verhältnis der beiden asiatischen Großmächte verbessern sollen, auch wenn eine Einigung über den Grenzverlauf zwischen den Nachbarstaaten nach wie vor aussteht.²⁷ Während aus chinesischer Sicht die Beziehungen zu Indien nachbarschaftlich, gut und kooperativ sind, wird die chinesische Außenpolitik in Neu-Dehli mit Mißtrauen verfolgt. Indien wertet die möglicherweise mit einer Nutzung dortiger Marinestützpunkte verbundene Annäherung Chinas an Myanmar (Burma) als Ausweitung der chinesischen Einflußsphäre, ein Vorgang, der Beijing Vorteile in der chinesisch-indischen Konkurrenz um regionale Vormacht verschafft. Somit geben der diesjährige Besuch der indischen Außenministerin Chokila Iyer in China und die für November geplante Reise Zhu Rongjis nach Indien der 1998 vom damaligen russischen Premierminister Tschernomyrdin aufgeworfenen Idee eines strategischen Dreiecks Rußland-Indien-China neue Nahrung.²⁸

²⁵ Joint Statement Signed by the Chinese and Russian Heads of State. <http://www.fmprc.gov.cn/eng/15723.html> (Zugriff am 5.8.2001).

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. Waheguru Pal Singh Sidhu/Jing-dong Yuan, Resolving the Sino-Indian Border Dispute. Building Confidence through Cooperative Monitoring, in: "Asian Survey", 2/2001, S.351-376.

²⁸ Vgl. "The Times of India", 5.8.2001.

Japan

Während im Verhältnis zu Rußland und Indien militärische Fragen im Vordergrund stehen, sind die Beziehungen Chinas zu Japan komplexer und stärker emotionalisiert. Als einziger asiatischer Staat, der politisch und wirtschaftlich den Sprung an die Weltspitze geschafft hat, fungiert Japan seit dem Ende des 19. Jhs. als wichtiges Vorbild für chinesische Reformer jedweder politischer Couleur. Andererseits ist die Vergangenheit Japans als Kolonial- und Besatzungsmacht, die bis heute eine Entschuldigung für Kriegsverbrechen verweigert, weiterhin präsent. Japans Rolle als Verbündeter der Hegemonialmacht USA gibt der militärischen und wirtschaftlichen Konkurrenz zusätzliche Nahrung.

Nach einer Phase der Annäherung zu Beginn der 1990er Jahre, als die japanische Regierung maßgeblich am Ausbruch Chinas aus der diplomatischen Isolation nach dem Tian'anmen-Massaker von 1989 beteiligt war, schlug die Stimmung in der Volksrepublik Mitte der 1990er Jahre um: Tokio wurde neben den USA zum wichtigsten Adressaten eines militanten chinesischen Nationalismus. Japans Einbeziehung in die amerikanischen TMD-Pläne und der Besuch des neuen japanischen Ministerpräsidenten Koizumi am Yasukuni-Schrein, einer Gedenkstätte für die Gefallenen der japanischen Weltkriegsarmee (einschließlich einer Reihe von Kriegsverbrechern), überschatteten neben einem laufenden Handelskonflikt über chinesische Agrarexporte²⁹ zum wiederholten Male die ökonomisch sonst so erfolgreichen Beziehungen.³⁰

Darüber hinaus bemüht sich China trotz grundsätzlicher Vorbehalte gegenüber multilateralen Bündnissen um eine aktive Rolle in regionalen Gremien, darunter Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) und ASEAN Regional Forum (ARF), oder in der intraregionalen Zusammenarbeit im Rahmen des Asia-Europe Meeting-Prozesses (ASEM). Ungeachtet der Spannungen um die umstrittenen Spratley-Inseln im südchinesischen Meer und eines härter werdenden ökonomischen Wettbewerbs strebt die VR China nach Entspannung im Verhältnis zu den ASEAN-Staaten.

²⁹ Vgl. "Asiaweek", 22.6.2001.

³⁰ Vgl. "The Japan Times", 6.8.2001. Das chinesische Außenhandelsvolumen mit Japan belief sich nach Angaben der Asiatischen Entwicklungsbank im Jahr 1999 auf 64,7 Mrd. Dollar.

Ausblick

Chinas Status als Großmacht steht auf tönernen Füßen. Die massiven sozialen und politischen Spannungen, die sich nach über 20 Jahren Reformpolitik zeigen,³¹ gefährden seine Position im Konzert der Großmächte. Der Versuch, das ideologische Vakuum der nur noch dem Namen und der Organisationsform nach kommunistischen Staatsordnung mit nationalistischem Pathos zu kaschieren, sorgt neben unsäglichen militärischen Muskelspielen gegenüber Taiwan für massive Zweifel an der nominell „antihegemonialen“ Außenpolitik Chinas. Dennoch ist die Hoffnung berechtigt, daß China sich zu einem berechenbaren und unter Umständen auch kooperativen Partner in der internationalen Politik entwickelt. In der pragmatischen Vorgehensweise gerade in der Beilegung von Krisen erweist sich China als überraschend rational und zuverlässig. Die Bereitschaft, trotz enormer innerer Risiken Mitglied der Welthandelsorganisation zu werden, belegt, daß sich die Führung des Landes der Notwendigkeit einer Integration in internationale ökonomische und politische Strukturen durchaus bewußt ist.³²

Hier bieten sich Deutschland und der Europäischen Union gute Möglichkeiten, die „sekundären Beziehungen“³³ zu China zum gegenseitigen Nutzen zu gestalten: Vielfältige Kooperationsprogramme der EU, Deutschlands und zahlreicher nicht-staatlicher Akteure mit China sorgen neben einer Förderung der wirtschaftlichen Kontakte für praktisch bedeutsame, wenn auch vergleichsweise unspektakuläre Resultate. Maßnahmen wie der deutsch-chinesische „Rechtsstaatsdialog“ oder die vielfältigen Kooperationen in Wissenschaft, Kultur und Politikberatung sind geeignete Ansatzpunkte, die Volksrepublik effektiv in die internationale Politik einzubinden.³⁴ Normative Debatten über die Universalität von Menschenrechten werden dagegen wenig am realen Verhalten der chinesischen Staatsführung ändern können. Die Konzentration auf pragmatische Einbindung und Kooperation bildet eine bessere Grundlage dafür als langfristig aussichtslose Bemühungen, China einzudämmen.

³¹ Jörn-Carsten Gottwald und Sarah Kirchberger, *Modernisierung unter Vorbehalt. Zur inneren Entwicklung der Volksrepublik China*, in: „Blätter“, 8/2001, S.965-975.

³² Vgl. Doris Fischer, *Kalkuliertes Risiko? China und die WTO*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, Köln, 13/2000.

³³ Michael Yahuda, *China and Europe: The Significance of a Secondary Relationship*, in: Thomas W. Robinson und David Shambaugh (Hg.), *Chinese Foreign Policy: Theory and Practice*. New York u.a., 1994. S.266-288.

³⁴ Sebastian Heilmann, *Making Human Rights Work in China*, in: Christoph Müller-Hofstede und Rüdiger Sielaff (Hg.), *China's International Role: Key Issues, Common Interests, Different Approaches*, Bonn 1997, S. 156-166.